

Landesjugendring SH e.V. • Holtenauer Straße 99 • 24105 Kiel

Sozialausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags
Werner Kalinka
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Kiel, der 04.05.2021

Mündliche Anhörung des Sozialausschusses zu Auswirkungen der Corona-Pandemie

Sehr geehrte Abgeordnete, liebe Zuhörer*innen,

vielen Dank für die Möglichkeit, mündlich zur Situation von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Pandemie Stellung zu nehmen. Der Landesjugendring hat im April eine Positionierung zu den aktuellen Herausforderungen für Kinder und Jugendliche veröffentlicht (<https://www.ljrsh.de/positionen/view/1194>). Ich möchte auf die wichtigsten Punkte daraus eingehen und an einigen Stellen auch den Blick noch etwas weiten.

Der Landesjugendring freut sich, dass der Fokus zwar sehr spät, inzwischen aber vermehrt auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche gelegt wird. Wichtig ist jetzt, Perspektiven aufzuzeigen, und zwar nicht nur für schulische und berufliche Herausforderungen, sondern auch für die psychischen und sozialen Bedürfnisse. Viele wichtige Elemente für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen haben im letzten Jahr gefehlt. Daher gilt es nun, rechtzeitig Räume zur Bearbeitung zu schaffen und die Zeit der Öffnungen so zu gestalten, dass Kinder und Jugendliche gut aufgefangen werden, insbesondere diejenigen, die schon mit Benachteiligungen kämpfen.

Das Auffangen funktioniert nur, wenn Bearbeitungs- und Erfahrungsräume geschaffen werden. Es reichen keine Nachholangebote zum schulischen Lernen. Solche Räume sind z.B. Angebote der Offenen und verbandlichen Jugendarbeit, genauso wie Ferienfreizeiten und Klassenfahrten, bei denen ohne Eltern und in der Gruppe wichtige Lernprozesse stattfinden.

Kindern und Jugendlichen bestmöglich aus der Corona-Pandemie herauszuhelfen, heißt auch, dass sie und ihre Vertretungen auf allen Ebenen besser an Entscheidungen beteiligt werden. Junge Menschen fühlen sich zurecht immer noch zu wenig gehört und berücksichtigt. Wir, der Landesjugendring, haben uns dazu entschieden, konkrete Vorschläge für die Landesebene zu machen, da bisher keine neuen Ansätze für mehr Beteiligung zu erkennen sind. Die drei folgenden Vorschläge wurden in anderen Bundesländern bereits umgesetzt und lauten:

1. Die Einrichtung eines Expert*innengremiums von Kindern, Jugendlichen und ihren Interessenvertretungen in der Staatskanzlei
2. Die Einrichtung von regelmäßigen Austauschrunden mit dem Jugendminister

3. Ein Jugendgipfel oder Jugendhearing mit Ministerpräsident, Jugendminister und Landtagsabgeordneten.

Der Landesjugendring ist gern bereit, dabei zu unterstützen. Qualitätskriterien für eine gelungene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sollten hierbei beachtet werden (vgl. <https://mitwirkung.dbjr.de/beteiligung/qualitaetsstandards/>).

Einen letzten Punkt zur allgemeinen Situation von Kindern und Jugendlichen möchte ich noch hinzufügen: Es ist verständlich und sinnvoll, dass Geimpfte vieles dürfen sollen, für das andere einen negativen Corona-Test vorlegen müssen. Als ich aber las, dass Genesene und Geimpfte von Kontaktsperrungen befreit werden sollen, habe ich mich gefragt, wie man sich das vorstellen soll: Jugendliche, die erst einmal kein Impfangebot erhalten, dürfen sich weiterhin nur mit zwei Haushalten, sprich: einem Freund oder einer Freundin treffen, während geimpfte Erwachsene in größeren Gruppen gemeinsam vor der Gaststätte sitzen? Eine derartige Benachteiligung von jungen Menschen kann und darf nicht sein und läuft der Bedeutung von Gruppen- und Peer-Prozessen im Jugendalter komplett zuwider. Wenn die Impfungen für alle freigegeben werden, sollten Kinder und Jugendliche mindestens gleichrangig berücksichtigt werden. Wir weisen auch noch einmal darauf hin, dass informelle Treffen mit mehreren Gleichaltrigen der Peergroup schnell wieder ermöglicht werden müssen, denn Jugend kann man nicht nachholen!

Nach dieser Einschätzung zur Situation von Kindern und Jugendlichen möchten wir noch auf die Herausforderungen für die Jugendarbeit in der aktuellen Situation eingehen.

Der Landesjugendring begrüßt, dass inzwischen Angebote der Jugendarbeit mit zehn Kindern und Jugendlichen in festen Gruppen möglich sind, bzw. bei einem Inzidenzwert über 100 mit fünf Kindern und Jugendlichen. Dies reicht aber nicht aus, um einen großen Teil der jungen Menschen zu erreichen. Wir fordern daher dringend, anzuerkennen, dass draußen die Ansteckungsgefahr gering ist. Outdoor-Angebote z.B. für 20 Kinder- und Jugendliche wie im Kinder- und Jugendsport müssen so schnell wie möglich erlaubt werden.

Auf wenig Verständnis stößt bei den Engagierten in der Jugendarbeit auch die Tatsache, dass Bildungsangebote nicht zulässig sind. D.h., zehn Sechzehnjährige dürfen sich zwar mit ihrer Jugendgruppe treffen, sie dürfen aber nicht gemeinsam eine Jugendleiter*innen-Ausbildung machen. Eine Neu-Regelung wäre einfach: Man müsste lediglich einen einzigen Satz in den Erläuterungen in der Landesverordnung streichen. Bildungsangebote sind ein regulärer Teil der Jugendarbeit und haben eine wichtige Funktion für die Persönlichkeitsentwicklung. Die Ansteckungsgefahr ist dagegen in solchen Angeboten eher noch geringer als in der regulären Gruppenarbeit.

Ein weiteres Anliegen der Jugendarbeit betrifft die Sommerferien. Die besondere Bedeutung der Sommerferien für Ferienfreizeiten ist Ihnen sicher bekannt. Wir weisen seit Monaten darauf hin, dass es einen Stufenplan auch für Ferienfreizeiten braucht. Der Landesjugendring hat eine Umfrage gemacht, wer aktuell noch Ferienfreizeiten mit Übernachtung in den Sommerferien plant. Wir bekamen innerhalb einer kurzen Frist 60 Rückmeldungen, nicht nur aus Verbänden, auch von öffentlichen Jugendpflegen und Offenen Einrichtungen. Das war bei weitem keine Vollerhebung, die Ergebnisse sind aber dennoch beeindruckend:

Gemeldet wurden über 200 Freizeiten, die noch nicht abgesagt sind. Laut der Umfrage sieht die Planung für eine Standardfreizeit aktuell so aus, dass sie mit 13-30 Teilnehmer*innen stattfinden soll (ca. 50% der Rückmeldungen), etwa 40% planen mit einer größeren Gruppe wegzufahren. Der Großteil der Freizeiten (ca. 60%) soll fünf bis acht Tage dauern, etwa 30% länger. Insgesamt sind es

über 7.000 Teilnehmende mit über 1.700 Jugendleiter*innen und andere Betreuungspersonen, davon nur etwa 5% im Hauptamt.

Diese Umfrageergebnisse zeigen eindringlich den Bedarf einer Perspektive für die Ferienfreizeiten im Sommer. Es ist natürlich klar, dass keine Inzidenzen vorhergesagt werden können. Aber wir verstehen nicht die Schwierigkeit, Szenarien zu entwerfen, wie z.B. bei einem Inzidenzwert unter 35 Ferienfreizeiten stattfinden könnten. Bei den ehrenamtlich Engagierten ist die Frustration darüber hoch, dass ihre Arbeit anscheinend als nicht wichtig genug für solche Szenarien erachtet wird.

Bildungsangebote und Ferienfreizeiten sind nicht nur Bildungsorte, sie sind wichtige Elemente bei der Nachwuchsgewinnung und für die Motivation von Ehrenamt. Wenn ein weiteres Jahr wegbricht, weil Regelungen erst eine Woche vor den Ferien bekanntgegeben werden oder Kurse ohne zwingenden Grund verboten werden, sind die negativen Folgen für die Jugendarbeit als wichtigen Bestandteil der Zivilgesellschaft sehr hoch - nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- und langfristig.

Wir danken Ihnen für die Zeit, die Sie sich für die Anhörung nehmen!

Jochen Wilms
Vorsitzender des LJR